

Seite: 50 bis 50
Ressort: Verteidigung
Mediengattung: Zeitschrift/Magazin

Jahrgang: 2021
Nummer: 6
Auflage: 103.000 (gedruckt) ¹ 31.079 (verkauft) ¹
100.345 (verbreitet) ¹

¹ IVW 1/2021

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie

Fehlende Anbindung an die Sicherheitsarchitektur

(BS/Dr. Hans Christoph Atzpodien) Die derzeit noch amtierende Große Koalition hatte sich in ihrer Koalitionsvereinbarung vom März 2018 vorgenommen, die Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen zur Richtschnur deutscher Politik zu machen und dementsprechend die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie "kontinuierlich und ambitioniert" weiterzuentwickeln. Hierzu wurde nun kurz vor Ende der laufenden Legislaturperiode vom Bundeskanzleramt am 2. März 2021 ein nahezu 400 Seiten starkes Dokument unter dem Titel "Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie - Weiterentwicklung 2021" vorgelegt.

Als "Leitprinzip Nachhaltigkeit" postuliert die Bundesregierung, "mit ihrer Politik gleichermaßen den Bedürfnissen der heutigen sowie künftiger Generationen gerecht zu werden - in Deutschland sowie in allen Teilen der Welt - und ihnen ein Leben in voller Entfaltung ihrer Würde zu ermöglichen". Weiter heißt es: "Dafür bedarf es einer wirtschaftlich leistungsfähigen, sozial ausgewogenen und ökologisch verträglichen Entwicklung, wobei die planetaren Grenzen zusammen mit der Orientierung an einem Leben in Würde für alle (ein Leben ohne Armut und Hunger; ein Leben, in dem alle Menschen ihr Potential in Würde und Gleichheit voll entfalten können) die absolute äußere Beschränkung vorgeben." Praktisch gesagt soll unser Planet so erhalten bleiben, dass er auch künftigen Generationen als Basis für ein Leben in Würde dienen kann. Damit ist man recht nah am Ausgangsverständnis von Nachhaltigkeit, wie es erstmals im Bericht der sog. Brundtland-Kommission im Jahr 1987 formuliert worden war und heute immer noch Gültigkeit beanspruchen kann.

Ziele der deutschen Regierung

Die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie im Jahr 2021 folgt, wie bereits erwähnt, in ihren Zielen der Nachhaltigkeits-Agenda 2030 der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2015 mit ihren insgesamt 17 Einzelzielen für eine nachhaltige Entwicklung. Auch die EU hat sich im Rahmen ihres

Green Deals vorgenommen, die UN-Agenda 2030 zum Mittelpunkt ihrer Politik zu machen und dabei Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu transformieren.

Zur Umsetzung hat sich die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sechs Prinzipien vorgegeben:

1. Nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip konsequent in allen Bereichen und bei allen Entscheidungen anwenden;
2. Global Verantwortung wahrnehmen.
3. Natürliche Lebensgrundlagen erhalten.
4. Nachhaltiges Wirtschaften stärken.
5. Sozialen Zusammenhalt in einer offenen Gesellschaft wahren und verbessern.
6. Bildung, Wissenschaft und Innovation als Treiber einer nachhaltigen Entwicklung nutzen.

So unbestreitbar wichtig diese Ziele auch sind: Erstaunlich ist, dass das eigentlich wichtigste Ziel, durch das alle anderen Ziele erst möglich werden, nämlich die Wahrung von Frieden und Sicherheit, nicht Teil der aufgeführten Oberziele ist. Dabei hatte doch die Resolution 70/1 der Vereinten Nationen vom 21. Oktober 2015, die die Basis für die Nachhaltigkeitsagenda 2030 bildet, schon einleitend sehr klar formuliert: "We are determined to foster peaceful, just and inclusive societies which are free from fear and violence. There can be no sustainable development without peace and no peace without sustainable

development." Vielleicht ist es aber auch gerade dieser Zusammenhang zwischen anzustrebenden "inkluisiven Gesellschaften" und dem Postulat "keine nachhaltige Entwicklung ohne Frieden", der zumindest in der deutschen Rezeption dazu führt, dass Frieden lediglich als anzustrebende Folge nachhaltigen Handelns, nicht aber als dessen unverzichtbare Voraussetzung begriffen wird.

Bedingungen für den Frieden

Das vorliegende, knapp 400 Seiten umfassende Dokument der Bundesregierung benutzt den Begriff Frieden an 89 Stellen, aber fast immer im Sinne der Herstellung friedlicher gesellschaftlicher Verhältnisse durch nachhaltiges Handeln im Sinne der 17 UN-Ziele. Lediglich am Anfang wird einmal hervorgehoben, "dass sich Frieden, Sicherheit und Entwicklung gegenseitig bedingen" und dies Richtschnur deutscher Außenpolitik sei, die deshalb auf dauerhafte Konfliktlösungen unter Einbindung aller Akteure setze und globale Nachhaltigkeitsaspekte unter anderem in bilateralen Initiativen und Projekten zu Frieden und Stabilität, Ungleichheit sowie Klima- und Wasserdiplo-matie adressiere. Frieden wird also als die grundlegende Voraussetzung für die Entwicklung anderer Länder verstanden. Er wird aber eben nicht als eine Herausforderung angesprochen, der wir uns selbst stellen müssen, da wir in unserer freiheitlichen Lebensweise und unserem Wohlstan Dies steht im Gegensatz zu anderen offi-

ziellen Äußerungen der Bundesregierung. Basis deutscher Sicherheitspolitik ist nach wie vor das im Jahr 2016 verabschiedete "Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr", in dem die sicherheitspolitischen Herausforderungen, denen sich unser Land ausgesetzt sieht, umfänglich beschrieben sind. Doch seither haben sich die Bedrohungen um uns herum weiter verschärft.

Im Mai 2020 sprach Bundeskanzlerin *Merkel* im Deutschen Bundestag erstmals expressis verbis von der gegen uns gerichteten "hybriden Kriegsführung" Russlands. Im Februar 2021 wiesen die Bundesverteidigungsministerin und der Generalinspekteur in dem gemeinsamen Positionspapier "Gedanken zur Bundeswehr der Zukunft" sehr explizit auf die Risiken und Bedrohungen hin, denen sich Deutschland aktuell ausgesetzt sieht. Zitat: "China ist von einer aufstrebenden Volkswirtschaft zu einem machtvollen und immer häufiger sichtbar ausgreifenden Akteur geworden. Russland definiert sich als Gegenmacht zum Westen. Immer deutlicher hat Moskau seine militärischen und politischen Drohungen in jüngster Zeit verschärft und internationale Verträge wissentlich verletzt. Russland wendete in den vergangenen Jahren in seiner Nachbarschaft militärische Gewalt an und rüstet massiv konventionell und nuklear auf. Aus dieser Lage ergeben sich sehr konkrete Bedrohungen für Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger, denen wir begegnen müssen.... Wer wie wir will, dass Deutschland mehr tut und mutig in Führung geht, der muss zuallererst unseren Bürgerinnen und Bürgern schlüssig erklären, warum das nötig ist und wie das gehen soll."

Verdrängung der Verantwortung

Warum wird diese Bedrohung dann aber in der Weiterentwicklung 2021 der

Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie komplett ausgespart? Vermutlich liegt eine Erklärung in der formalen Strenge, mit der sich das Strategiepapier an den 17 von der UN definierten Zielen der Nachhaltigkeits-Agenda 2030 orientiert. Im 16. Ziel wird die anzustrebende friedliche Entwicklung nämlich wie folgt adressiert: "Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen". Dazu wird erläuternd ausgeführt, dass dort, wo Krieg und Gewalt herrschen, wo grundlegende Rechte verweigert werden, staatliche Gelder verschwendet und Menschen diskriminiert werden, wo Verwaltungen schlecht funktionieren und eine partizipatorische Entscheidungsfindung unterdrückt wird, auch wirtschaftliche Entwicklung, nachhaltige Armutsbekämpfung, Achtung und Umsetzung der Menschenrechte, gleicher Zugang zu Gesundheit und Bildung, die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen nicht möglich sind. Frieden wird hier als deutscher Exportartikel verstanden, den wir mittels unserer außen- und entwicklungspolitischen Initiativen zugunsten einer regelbasierten Weltordnung, zugunsten von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Antidiskriminierung, Kriminalitätsbekämpfung und der Stärkung von Frauenrechten etc. hinaus in andere Länder (u.a. in Afrika) tragen wollen.

Diese beschränkte Sicht auf das Thema Frieden bzw. Vermeidung von Krieg und Gewalt hat für die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie insgesamt eine sehr bedenkliche Konsequenz: Der Blick darauf, dass auch für uns in Deutschland die Erhaltung von Frieden und Sicherheit die unverzichtbare Basis jeder

Nachhaltigkeitsstrategie ist, wird ebenso ausgeblendet wie es die Voraussetzungen werden, die zur Erhaltung unseres Friedens und unserer Sicherheit hier vor Ort unabdingbar sind. Das Wort "Bundeswehr" kommt in den knapp 400 Seiten nur drei Mal vor, immer im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen, aber nicht im Kontext unserer eigenen Verteidigungsfähigkeit und unserer Verpflichtungen in der NATO.

Daraus folgt, dass die aktuelle weiterentwickelte Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sich rund um ein unausgesprochenes Phänomen herum bewegt, das man im angelsächsischen Sprachgebrauch als "elephant in the room" bezeichnen würde: Wir verdrängen hier - wie auch in unserer allgemeinen gesellschaftlichen Debatte - die Tatsache, dass sich Deutschland als wichtige europäische Macht seiner gewachsenen Verantwortung für die Erhaltung von Sicherheit und Frieden in Mitteleuropa mit allen Konsequenzen stellen muss. Diese bedingt sowohl höhere Verteidigungsausgaben, um endlich zu einer aufgabengerechten Voll-Ausrüstung der Bundeswehr zu kommen, als auch den bewussten Ausbau unserer Krisen-Resilienz, vor allem im Bereich des Schutzes unserer Zivilgesellschaft vor den dramatisch angestiegenen "hybriden" Bedrohungen. Dass die Erfüllung dieser Verantwortung in Zeiten der Corona-Anspannung nochmals schwerer fällt, als dies ohnehin auch ohne Pandemie der Fall gewesen wäre, taugt dabei nicht als Entschuldigung. Es bleibt dabei: Eine Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie im Jahr 2021, die sich nicht nur in gut gemeinten außen- und entwicklungspolitischen Floskeln ergehen will, kann und darf unsere Verteidigungsfähigkeit als Voraussetzung aller anderen Nachhaltigkeits-Anstrengungen nicht aussparen!



Seit dem Weißbuch 2016 "haben sich die Bedrohungen um uns herum weiter verschärft", betont **Dr. Hans Christoph Atzpodien**, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e. V. (BDSV). BS/Illing & Vossbeck Fotografie



Die Bundeswehr wird in der Nachhaltigkeitsstrategie nur im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen genannt, nicht in ihrer Funktion zur Verteidigung der Freiheit, Sicherheit und Wertevorstellungen Deutschlands und Europas. BS/Bundeswehr/Falk Bärwald

Wörter: 1273